

## Save the Children Positionspapier für den G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Oktober 2021

Save the Children fordert die Staats- und Regierungschefs der G20 auf, Maßnahmen zur Sicherstellung der Rechte von Kindern in den folgenden Schwerpunktbereichen zu ergreifen und diese in der Abschlusserklärung der G20 festzuhalten:

### I- Die Zukunft aller Kinder weltweit finanzieren

- **Verlängerung der G20-Initiative zur Aussetzung von Schuldendiensten (Debt Service Suspension Initiative - DSSI) bis mindestens Ende 2022**, um zu verhindern, dass viele Länder wichtige Investitionen in Gesundheit, Bildung und Armutsbekämpfung aufgrund der Rückzahlung von Schulden nicht leisten können.
- **Sicherstellung, dass das Common Framework on Debt Treatments, (CFDT) zweckmäßig ist.** Fast ein Jahr nach der Ankündigung des CFDT hat noch kein Land sowohl mit öffentlichen als auch mit privaten Gläubigern erfolgreich einen Schuldenerlass vereinbart. Die Gründe dafür – wie die fehlende Zustimmung privater Gläubiger und die Angst vor einer Herabstufung der Kreditwürdigkeit durch Länder weltweit - müssen verstanden und angegangen werden.
- **Die fehlende Beteiligung privater Gläubiger an beiden Schuldeninitiativen sollte angegangen werden**, auch durch Rechtsvorschriften, die im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (Highly Indebted Poor Country Initiative, HIPC) mit großem Erfolg eingesetzt wurden.
- Erhöhung öffentlicher **Entwicklungsfinanzierung (Official Development Assistance, ODA)**, wobei Länder das Ziel erreichen sollten, **0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) in ODA** zu investieren. Dabei sollte sichergestellt werden, dass die Mittel so eingesetzt werden, dass sie eine maximale Wirkung für Kinder erzielen.

### 2- Stärkung von Gesundheits- und Ernährungssystemen weltweit

- **Sicherstellung von mindestens 0,1 % des BNEs für gesundheitsbezogene ODA**, um **widerstandsfähige Gesundheitssysteme** zu unterstützen. Dies ist unter anderem notwendig, damit sich Länder sowohl auf globale Gesundheitskrisen vorbereiten und darauf reagieren können als auch gleichzeitig hochwertige grundlegende Gesundheitsdienstleistungen im Rahmen einer universellen Gesundheitsversorgung (UHC) für Alle (einschließlich medizinischem Sauerstoff) bereitstellen können.
- Erhöhung der **inländischen öffentlichen Investitionen** durch nationale Regierungen auf 5 % des BNEs, wobei mindestens 1 % in primäre Gesundheitsversorgung fließen sollte. Dafür ist ein progressives Steuersystem notwendig.
- **Unterstützung** von Ländern, um die **Mobilisierung inländischer Ressourcen zu vergrößern** und damit den steuerpolitischen Spielraum für Investitionen in starke Gesundheitssysteme zu haben.

- **Unterstützung von Ländern, private Zahlungen für Gesundheit abzuschaffen**, damit qualitativ hochwertige grundlegende Dienstleistungen für Alle zugänglich sind. Auch sollte der Zugang zu Gesundheit für vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Geflüchtete oder Binnenflüchtlinge gewährleistet werden.
- Unterstützung von Ländern bei der Erreichung von **gerechten Gesundheits- und Ernährungssystemen** sowie **Sicherstellung von ausreichenden Investitionen** in diese. Hierbei sollten die primäre Gesundheitsversorgung und lokale Gesundheitssysteme Priorität haben. Dazu gehört auch, sich auf Lücken im Gesundheitssystem zu konzentrieren, die geschlossen werden müssen (z.B. Gesundheitspersonal, einschließlich Community Health Workers, medizinischer Sauerstoff), sowie Querschnittsthemen, wie z. B. Ernährung, die vollständig in nationale Gesundheitssysteme integriert und gestärkt werden müssen.
- Bis 2022 werden schätzungsweise weitere 9,3 Millionen Kinder an den Folgen der Pandemie leiden. Der Gipfel "Nutrition for Growth" in Tokio im Dezember dieses Jahres wird ein entscheidender Prüfstein für den Ansatz der G20 im Bereich Ernährung sein. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Langfristige und flexible Finanzmittel für Ernährung, auch zur Bekämpfung von Unterernährung in humanitären und fragilen Kontexten, sind unerlässlich. Die G20-Mitglieder sollten im Rahmen des Aktionsjahres "Nutrition for Growth" und im Einklang mit dem Nutrition Accountability Framework ehrgeizige Verpflichtungen eingehen.

### 3- Zugang zu Covid-19-Impfstoffen sowie Pandemievorsorge- und reaktion

- **Bereitstellung ausreichender Mittel zur Finanzierung des ACT-Accelerators**, um die Einführung von Covid-19-Gesundheitsdienstleistungen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie in humanitären Kontexten bis Mitte 2022 zu unterstützen.
- **Gewährleistung eines weltweit gerechten Zugangs zu Covid-19-Impfstoffen** durch:
  - Dringende Umverteilung überschüssiger Impfstoffdosen an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen durch Covax, damit alle Länder Zugang zu Impfstoffen haben. Nur so können sie ihre Bevölkerungen, insbesondere Risikogruppen und Gesundheitspersonal schützen.
  - Finanzierung und Unterstützung der globalen Covid-19-Impfstrategie der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO). Diese schätzt, dass mindestens 50-66 Mrd. US-Dollar benötigt werden, um in 2021 und 2022 bis zu 16,2 Mrd. Impfdosen für eine weltweit ausreichende Impfquote zur Verfügung zu haben.
  - Unterstützung von Regierungen bei der Stärkung von Logistik, Infrastruktur und Lieferketten sowie bei der Integration von Covid-19-Gesundheitstechnologien in bestehende Gesundheitssysteme in einer Weise, die die Pandemiebekämpfung optimal mit bestehenden Gesundheitsprioritäten in Einklang bringt.
- Nutzung aller Ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente, um **Engpässe im globalen Angebot von Covid-19-Gesundheitsdienstleistungen zu beseitigen** und die **globalen Impfstoffherstellungskapazitäten zu erhöhen**. Nur so kann das global notwendige Angebot an Impfstoffen sichergestellt werden.

- Dies erfordert auch den **Austausch von Patenten**, Informationen, Technologie und Know-how durch den Covid-19 Technology Access Pool (C-TAP), sowie die (zeitweilige) Aussetzung von Patentrechten durch den von Südafrika und Indien vorgeschlagenen Intellectual Property (IP) Waiver. Auch ist es notwendig, Investitionen und die Zusammenarbeit mit Herstellern von Impfstoffen und Medikamenten in Schwellenländern zu priorisieren und die **Herstellungskapazitäten in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen zu erhöhen**.
- **Aufbau auf bestehenden multilateralen Systemen und Organisationen der globalen Gesundheitsarchitektur**, um die globalen Anstrengungen zur Pandemievorsorge und -bekämpfung voranzutreiben, anstatt sie zu untergraben, zu duplizieren oder neue, parallele Systeme zu schaffen.
- Priorisierung eines **gesamtstaatlichen Ansatzes** bei der Vorbereitung und Reaktion auf globale Gesundheitskrisen. Die Covid-19-Pandemie hat nicht nur Millionen von Menschen getötet, sondern auch Millionen in Armut und Hunger gestürzt.
- **Sicherstellung von langfristiger, nachhaltiger Finanzierung für globale Gesundheit**, geschulte und motivierte Gesundheitsfachkräfte - insbesondere auf lokaler Ebene - sowie des Zugangs zu Gesundheit für Alle als wesentliche Grundlage für die Vorsorge auf und Bekämpfung von globalen Gesundheitskrisen.

#### 4- Aufbau widerstandsfähigerer Bildungssysteme

- **Sicherstellung, dass alle Kinder sicher in die Schule zurückkehren und ihr Recht auf Bildung wieder realisieren können, indem in folgende Maßnahmen investiert wird:**
  - flexible und integrative Fernunterrichtsprogramme während der Schließung der Schulen; Kinderschutz und psychosoziale Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Lehrkräfte;
  - Geldtransfers für die bedürftigsten Familien, damit sie es sich leisten können, ihre Kinder wieder in die Schule zu schicken, sobald diese wieder geöffnet ist;
  - Nahrungsmittel für Kinder, die normalerweise auf Schulmahlzeiten angewiesen sind;
  - ganzheitliche Bewertung des Lernens und des Wohlbefindens bei der Rückkehr von Kindern in die Schule sowie Nachholunterricht;
  - geschlechtsspezifische Wasser-, Sanitär- und Hygieneeinrichtungen (WASH) in Schulen.
- **Sicherstellung, dass Kinder, die diskriminiert werden und vor der Pandemie nicht zur Schule gegangen sind, Zugang zu sicheren Lernmöglichkeiten haben:**
  - Einführung eines integrativen, flexiblen Anmeldesystems, das es Schüler\*innen ermöglicht, sich in der Schule einzuschreiben, auch wenn sie nicht über die üblichen Unterlagen verfügen und Bereitstellung von Geldtransfers.
  - Dazu gehört auch die Beseitigung von geschlechtsspezifischen Beschränkungen für die Zeit, in der keine Schule besucht wird.
- **Dringende Schließung der Finanzierungslücke im Bildungsbereich und Anpassung der Finanzierungsmodalitäten, um vorausschauendes Handeln zu ermöglichen:**

- Geber sollten einen kohärenten Ansatz zu Finanzierung von Bildung für Kinder verfolgen, indem sie sowohl dringende humanitäre Bedürfnisse decken als auch zu längerfristigen Entwicklungs- und Friedensergebnissen beitragen.
- Regierungen und Geber sollten außerdem die Mittel für Bildung aus ihren Haushalten für 2019 beibehalten und aufstocken, indem sie 6-10 % ihres humanitären Budgets für Bildung in Notsituationen und langwierigen Krisen bereitstellen.
- Auch sollten Geber Education Cannot Wait mit 400 Mio. USD vollständig finanzieren und 1 Mrd. USD für die Unterstützung mehrjähriger Resilienzprogramme bis Ende 2022 bereitstellen.
- **Schwerpunktsetzung auf Gleichberechtigung und Teilhabe, um die Kinder, die am stärksten von Ungleichheit und Diskriminierung betroffen sind, zu erreichen.**
  - Priorisierung der am stärksten von Ungleichheit und Diskriminierung betroffenen Kinder in jedem Kontext.
  - Beseitigung der systemischen Hindernisse, die ihr Engagement in der Zivilgesellschaft und im Bildungswesen sowie ihren Zugang zu Kinderschutzdiensten verhindern.
- **Förderung der Bildung und des Empowerments von Mädchen auch** durch die Aufstockung der Mittel für kinder- und geschlechtersensible Sozialschutzprogramme, um die hohe Zahl von Schulabbrüchen bei Mädchen aufgrund von Teenagerschwangerschaften und Kinderehen zu bekämpfen.

## 5- Bekämpfung der Klimakrise unter besonderer Berücksichtigung der Bedarfe von Kindern

Während sich Regierungen auf die Klimagespräche auf der COP26 im November vorbereiten, die bisherigen Fortschritte zur Bekämpfung des Klimawandels bewerten und ihre Verpflichtungen für den nächsten Fünfjahreszyklus des Pariser Abkommens beschleunigen, müssen die Rechte und das Wohl der Kinder im Vordergrund stehen, unter anderem durch:

- **Aufstockung der Klimafinanzierung** zusätzlich zu bestehenden ODA-Zusagen, um die unerfüllte Zusage zu erfüllen, bis 2020 jährlich mindestens 100 Mrd. USD im Kampf gegen des Klimawandel zu mobilisieren. Hierbei sollten mindestens 50 % der Investitionen in Anpassungs-, Resilienz- und Katastrophenrisikominderungsmaßnahmen fließen, insbesondere in solche, die speziell den am stärksten von Ungleichheiten und Diskriminierung betroffenen Kindern zugutekommen.
- Sofortige Ergreifung von ehrgeizigen und dringenden Maßnahmen, um die globale **Erderwärmung auf maximal 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen**, unter anderem durch einen raschen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.
- **Ausbau der Sozialschutzsysteme**, um die zunehmenden Auswirkungen von Klimaschocks auf Kinder und ihre Familien zu bewältigen. Mittel- bis langfristiges Ziel sollte es sein, zu universellen Kinderleistungen überzugehen, um das Wohlergehen von Kindern zu verbessern und ihre Widerstandsfähigkeit angesichts von Krisen zu stärken.

## 6- Schutz der Kinderrechte in Afghanistan und Gewährleistung einer dringenden humanitären Reaktion

- **Unterstützung des Schutzes der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Mädchen und Frauen**, und Ebnung des Weges für die Wiederaufnahme der bilateralen Entwicklungsfinanzierung für Afghanistan. Zu diesem Zweck sollte die Gebergemeinschaft auf die Entwicklung eines gemeinsamen Rahmens hinarbeiten, der ein prinzipielles Engagement gegenüber den Taliban und eine multilaterale Vereinbarung zur Stabilisierung der afghanischen Wirtschaft vorsieht.
- **Gewährleistung einer angemessenen Finanzierung der humanitären Hilfe in Afghanistan**, die ausreicht, um den rasch steigenden Bedarf an humanitärer Hilfe im Land zu decken und sicherzustellen, dass bedürftigen Afghan\*innen Zugang zu lebenswichtigen Leistungen wie Bildung, Gesundheit, Unterkünften und Nahrungsmitteln sowie zu Schutzleistungen haben. Zu diesem Zweck müssen Hilfsorganisationen, Finanzinstitutionen und der Privatsektor sicherstellen, dass Transaktionen und andere wirtschaftliche Dienstleistungen nicht in den Anwendungsbereich von Terrorismusbekämpfungsvorschriften und Sanktionsregelungen fallen.
- **Führungsstärke zeigen, indem Sie klar, unmissverständlich und öffentlich die sinnvolle und gleichberechtigte Beteiligung afghanischer Frauen an Führungs- und Entscheidungsprozessen unterstützen**, und zwar auf allen Regierungsebenen, bei friedensschaffenden Prozessen und humanitären Bemühungen. Die gleichberechtigte Beteiligung von weiblichem Personal an humanitären Einsätzen ist unerlässlich, wenn es darum geht, prinzipiengeleitete humanitäre Hilfe zu leisten und Menschen in Not zu erreichen. Zudem ist der Zugang von Mädchen zu Bildung für den Wiederaufbau Afghanistans absolut notwendig.

**Darüber hinaus fordern wir Regierungen auf, zivilgesellschaftlichen Organisationen und insbesondere Kindern, gesetzlich festgelegte Möglichkeiten zur Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen der Regierungsführung einzuräumen.** Dies umfasst auch die Beteiligung an der Umsetzung und der Überwachung von Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Bildung, Schutz und Wohlergehen von Kindern. Kinder sollten als Akteure des Wandels anerkannt werden und es sollten kinderfreundliche Mechanismen und Plattformen geschaffen werden, um das formale Engagement von Kindern und die generationenübergreifende Mitverantwortung für globale Entwicklung zu erleichtern und zu unterstützen.